

## Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

### 50 Jahre deutsche Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen feiern und Reformen einbringen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Am 18. September 1973 traten die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik den Vereinten Nationen (VN) bei. Seit der glücklichen Überwindung der deutschen Teilung vor allem durch das mutige Engagement der Menschen in der DDR, durch das beherzte Ergreifen der Chance zur Wiedervereinigung in Ost und West sowie durch die wichtige Unterstützung internationaler Partner ist seit dem Tag der Deutschen Einheit 1990 das wiedervereinigte Deutschland Mitglied der Völkerfamilie. Die VN-Mitgliedschaft Deutschlands steht also auch symbolisch für die erfolgreiche demokratische Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland, für die Wiederrichtung der gesamtdeutschen Demokratie und eines Rechtsstaats auf deutschem Boden sowie für eine neue Friedensordnung in der Welt nach den Verwüstungen des Zweiten Weltkrieges.

50 Jahre Mitgliedschaft Deutschlands in den VN sind daher ein Grund zum Feiern und geben Anlass, in die Zukunft zu blicken. Seit der Wiedervereinigung hat Deutschland nicht zuletzt bei der Finanzierung der VN eine Führungsrolle inne und sollte seiner Bedeutung nach noch mehr Verantwortung in den VN übernehmen, um die multilaterale Ordnung zu erhalten und zur Lösung von Krisen beizutragen. Der Deutsche Bundestag bekräftigt die Zielsetzung, die VN als handlungsfähiges Gremium der internationalen Staatengemeinschaft zu ertüchtigen, in dem die Stärke des Rechts gegenüber dem Recht des Stärkeren Vorrang hat.

Die politische Verantwortungsübernahme innerhalb der VN stockt allerdings unter der aktuellen Bundesregierung. Das schlägt sich im Vertrauen der Deutschen gegenüber den VN nieder: Laut Meinungsforschungsinstitut Civey vertrauen nach Zahlen von Ende Juli 2023 66,8 Prozent den VN nur gering, davon wiederum hat die Hälfte gar kein Vertrauen in die VN. Das sind desaströse Werte, aus denen Konsequenzen gezogen werden und die Anlass sein müssen, das 50-Jahr-Jubiläum auf eine Art und Weise zu begehen, die auch die Bevölkerung in unserem Land aktiv einbezieht. In der Wahrnehmung der deutschen Öffentlichkeit sind die VN durch ihre mangelnde Durchsetzungskraft, durch die Blockade des VN-Sicherheitsrates und durch die Mitgliedschaft von Kriegsverbrechern im Menschenrechtsrat häufig negativ behaftet. Es ist Aufgabe auch der Bundesregierung, den Mehrwert der VN für Frieden und Sicherheit in Deutschland besser darzustellen. Hierzu leistet sie derzeit noch keinen erkennbaren Beitrag.

Ebenfalls ist es Aufgabe der Bundesregierung, auf dringend notwendige Reformen innerhalb der VN zu drängen und entsprechende Vorschläge zur Optimierung der Haupt- und Nebenorgane einzubringen, wie es unter Bundeskanzlerin a. D. Dr. Angela Merkel der Fall war. Nur die erneute Kandidatur für den VN-Sicherheitsrat wird die Arbeit und den Output der VN nicht erfüllen.

Denn die VN stehen unter Druck derjenigen, die sie als Garant der internationalen Ordnung schwächen wollen. Nicht die VN sind das Problem, sondern diejenigen Kräfte, die das System der VN missbrauchen wollen, um ihre eigenen Interessen am Völkerrecht vorbei durchzusetzen. In einer Welt in Krieg und Krisen ist es mehr denn je notwendig, klarzustellen, dass die VN, anders als von Russland, China und ihren Verbündeten postuliert, eben kein neutrales Versammlungsforum sind, sondern immer noch der Ankerpunkt der regelbasierten internationalen Ordnung. Vereinte Nationen, die Liberalismus, Freiheit und Demokratie nicht bevorzugen und nicht als Handlungsrahmen setzen würden, könnten dem Geist der 1945 in San Francisco erarbeiteten Charta nicht gerecht werden. Für den Deutschen Bundestag steht fest, dass die VN immer an der Seite von Demokratie, Menschenrechten und Frieden stehen werden – dafür brauchen sie unsere aktive Unterstützung.

- II. Vor diesem Hintergrund fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel auf, anlässlich des 50-jährigen Jubiläums der Mitgliedschaft Deutschlands in den VN,
1. eine Kampagne zum Jubiläum der deutschen Mitgliedschaft zu starten, die bundesweit und insbesondere auch in ländlichen Regionen den Mehrwert der deutschen Mitgliedschaft in den VN hervorhebt und an weiterbildenden Schulen mit einem nationalen Programm die Model United Nations fördert;
  2. Veranstaltungen wie die am 15./16. Juni 2023 in Berlin stattgefundene VN-Jugendkonferenz nachzubearbeiten, um mehr als einen schnell weichenden Einmal-effekt zu erreichen, und wiederholt durchzuführen;
  3. das finanzielle Engagement Deutschlands in den VN und deren Sonderorganisationen mindestens aufrechtzuerhalten und das deutsche Engagement für die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 zu verstärken;
  4. politisch wieder eine Führungsrolle in den VN einzunehmen, so durch die Unterbreitung konkreter Vorschläge und deren Operationalisierung in Zusammenarbeit mit Deutschlands Partnern zur
    - a. Reform des Menschenrechtsrats hin zu einem Gremium, das Menschenrechtsverbrechern keine Falschdarstellung ihrer Taten mehr erlaubt, sondern Menschenrechtsverbrechen klar als solche benennt und verurteilt,
    - b. Wiedergewinnung der Arbeitsfähigkeit des VN-Sicherheitsrates, indem Diskussionen um Reformvorschläge wie dem französisch-mexikanischen für eine Neugestaltung der Vetorechte der fünf ständigen Mitglieder von der Bundesregierung aktiv gefördert werden;
    - c. Stärkung der Krisenpräventionsfähigkeiten der VN, die zuletzt unter anderem im Sudan und Niger nicht funktionierten, und zum Aufbau eines globalen Krisen-Frühwarnsystems insbesondere vor dem Hintergrund zunehmender globaler Krisenherde und Krisentreiber wie Klimaveränderungen und deren Folgen, möglicher Pandemien und deren Auswirkungen auf die globale Gesundheit und bedrohter Ernährungssicherheit;
    - d. Abwehr von Versuchen vor allem aus Russland und China, die VN zu einer werteneutralen Organisation umzuformen, für die Menschenrechte, Demokratie und Rechtstaatlichkeit nur Optionen in einer größeren Auswahl sein sollen;

- e. Sicherstellung, dass Personalentscheidungen nicht einseitig und mit wenig Rücksicht auf die Qualifikation der Bewerber beeinflusst werden, wie es zurzeit von chinesischer Seite bei der Welternährungsorganisation (FAO) geschieht;
5. das Vorgehen in den VN eng mit den Partnern in der EU abzustimmen, aber insbesondere auch auf lange vorhandene Reformwünsche der USA einzugehen;
6. über die notwendige Befähigung der VN, globale Herausforderungen wie die Klimakrise zu lösen, zu globaler Gesundheit und Ernährungssicherheit beizutragen, für die auch die Kooperation mit Regionalorganisationen im Sinne des Art. 52 VN-Charta gestärkt werden sollte, darüber hinaus die politisch extrem angespannte Lage der VN nicht zu ignorieren, sondern sich ihr offensiv zu stellen;
7. gegenüber der Öffentlichkeit klar zu benennen, dass die VN als Organisation nur so gut funktionieren können, wie die Staaten dies zulassen und von einem Teil eben dieser Staaten Versuche unternommen werden, die VN als Kernpfeiler der regelbasierten internationalen Ordnung zu schwächen und entgegen ihrem eigentlichen Zweck zu missbrauchen, und insofern auch vom strategielosen Konzept einer „multipolaren Weltordnung“ abzurücken, das diese Realität nur ungenügend wiedergibt;
8. die Suche nach verlässlichen Partnern in der Generalversammlung über konkrete Personalentscheidungsabstimmungen hinaus zur Abwehr auf die von China und Russland betriebene Polarisierung der VN in den Mittelpunkt deutscher Außenpolitik zu rücken;
9. eine Weiterentwicklung des Konzepts der „Responsibility to Protect“ anzustoßen;
10. sich mit geeignetem Personal über alle Besoldungsgruppen hinweg und unserem finanziellen Beitrag angemessen in den VN-Gremien einzubringen und diese Repräsentanz zur Gestaltung der strategischen Ausrichtung der VN-Organisationen, notwendigen Reformen und Ausgestaltung der VN-Programme zu nutzen;
11. die Rolle als Ko-Fazilitator des von VN-Generalsekretär António Guterres initiierten Zukunftsgipfels im Herbst 2024 zu nutzen, um für inhaltliche Akzente Mehrheiten in der Generalversammlung zu finden;
12. sich endlich aktiv für die Schaffung des Amtes eines Sonderbeauftragten zum Schutz von Journalistinnen und Journalisten bei den Vereinten Nationen einzusetzen;
13. Abrüstungsbemühungen innerhalb der VN zu unterstützen und dabei ein besonderes Augenmerk auf vollautomatisierte Waffensysteme und KI im militärischen Bereich zu richten und ein entsprechendes Vorgehen eng mit NATO-Partnern, insbesondere mit den USA, abzustimmen;
14. den Deutschen Bundestag innerhalb der nächsten sechs Monate über die von der Bundesregierung geplanten und bereits durchgeführten Reforminitiativen der VN schriftlich zu informieren.

Berlin, den 26. September 2023

**Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion**

